

Ulrich Ende (Hrsg.)

DAS NEUE NORMAL



*Wie die
Pandemie
unser Leben
verändert*

DAS NEUE BERLIN

Sämtliche Inhalte dieser Leseprobe sind urheberrechtlich geschützt.

Sie dürfen ohne vorherige schriftliche Genehmigung weder ganz noch auszugsweise kopiert, verändert, vervielfältigt oder veröffentlicht werden.

Das Neue Berlin – eine Marke der
Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage

ISBN Buch 978-3-360-02802-0

ISBN E-Book 978-3-360-50185-1

1. Auflage 2021

© Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage GmbH, Berlin

Alle Rechte der Verbreitung vorbehalten.

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, dieses Werk oder Teile daraus auf fotomechanischem Weg zu vervielfältigen oder in Datenbanken aufzunehmen.

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

unter Verwendung einer Illustration von Oskar Fabritz

www.eulenspiegel.com

INHALT

Leben und Überleben: Was macht Corona mit uns, was machen wir mit Corona?	7
THOMAS BRUSSIG: Die Ohnmacht des demokratischen Pandemie-Bekämpfers	45
GERALD HÜTHER: Wir stehen vor einer zweiten kopernikanischen Wende	75
CHRISTIAN JASSOY: Das Coronavirus wird nicht wieder verschwinden	115
MANFRED PRENZEL: Das eigene Lernen organisieren	131
BERND RAFFELHÜSCHEN: Die ökonomischen Konsequenzen der Pandemie	159
HELMUT SCHLEICH: Ein riesiges Loch gerissen	179
Die Interviewten	204

LEBEN UND ÜBERLEBEN

WAS MACHT CORONA MIT UNS, WAS MACHEN WIR MIT CORONA?

Seit Beginn der Pandemie machen sich die Menschen weltweit Gedanken über die Bedrohung, die ein neues Virus ausgelöst hat. Nach mehr als einem Jahr ist SARS-CoV-2, wie das Coronavirus wissenschaftlich korrekt bezeichnet wird, einmal um die Welt gezogen. Normalerweise sind die Coronaviren für Erkältungskrankheiten verantwortlich. Sicher war das ein Grund, warum viele Menschen das Virus anfänglich nicht besonders ernst nahmen. Wer erinnert sich nicht an den amerikanischen Präsidenten Donald Trump, der Corona lange bagatellisierte und zum Beispiel das Tragen einer Maske ablehnte. Nach 15 Monaten Pandemie sind an dem Virus weltweit über drei Millionen Menschen gestorben, allein die USA verzeichnen mehr als eine halbe Million Opfer. In Deutschland mussten wegen des Virus mehr als 80 000 Menschen sterben, über 3,5 Millionen infizierten sich insgesamt.

Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens schildern im Folgenden, welche Wirkung aus ihrer Sicht die Pandemie für die Deutschen und das Land in den zurückliegenden Monaten hatte. Sie machen sich darüber hinaus Gedanken, welche Konsequenzen das Virus für die Zukunft der Gesellschaft haben wird.

Für den Neurobiologen Gerald Hüther ist die Corona-Krise der Beginn einer Zeitenwende, wie die Menschen sie seit Kopernikus nicht mehr erlebt haben. Auch wenn wir die

Pandemie in den Griff bekommen sollten, ein Zurück zum vorherigen Zustand wird es demnach nicht geben. Unser Leben wird einer neuen Normalität folgen.

Große Herausforderungen sieht der Ökonom Bernd Raffelhüschen auf uns zu kommen. Schließlich hat die Pandemie unser Wirtschaftsleben in noch nie gekannter Weise durchgerüttelt. Ob es um die Entwicklung am Arbeitsmarkt geht oder die Existenz der Rentner in der Zukunft, die Herausforderungen nach überstandener Coronakrise sind groß.

Dass auch unser Bildungssystem vor großen Herausforderungen in der Zukunft steht, ist für den Erziehungswissenschaftler Manfred Prenzel nicht von der Hand zu weisen. Gerade in den Lockdowns zeigt sich die Notwendigkeit des digitalen Lernens für die Zukunft. Aber er macht Kindern und Jugendlichen auch Hoffnung. Ausgefallener Lehrstoff lässt junge Menschen in Corona-Zeiten nicht gleich zu Versagern werden.

Der Schriftsteller Thomas Brussig zieht aus der Pandemie den Schluss, dass nur konsequentes Handeln des Staates größeren Schaden für die Gesundheit der Gesellschaft abwenden kann. In der Zukunft sieht er die digitale Nachverfolgung der Infektionswege als den wichtigsten Beitrag, um flächendeckende Infektionen zu verhindern.

Der Virologe Christian Jassoy geht wie alle Wissenschaftler davon aus, dass wir mit dem Coronavirus werden leben müssen. Es wird sich verändern, aber bleiben. Für die Zukunft müssen wir gewappnet sein. Pandemien können sich immer wieder entwickeln.

Viel zu wenig hat die Politik während der Pandemie den Menschen als soziales Wesen beachtet. Das ist die Meinung des Münchner Kabarettisten Helmut Schleich, der sich mit der Beobachtung auseinandersetzt, dass Meinungsvielfalt

während der letzten Monate einen bemerkbaren Rückgang in unserer Gesellschaft erlebt hat.

Wer immer sich zu der Pandemie und ihren Folgen seine Gedanken macht, alle sind sich in einem Punkte einig: Nichts wird so sein wie vorher. Dabei sollten wir als Menschen ehrlich sein. Wirklich genau wissen wir heute nicht mehr, wie unser Leben vor der Pandemie war. Wir erinnern uns kaum noch daran, dass während des ersten Lockdowns die Meinung dominierte, in wenigen Wochen sei der ganze Spuk vorbei. Wer dem nicht folgen wollte, galt als Pessimist.

Vielleicht bleibt in der Erinnerung, dass Menschen Meister in der Kunst des Verdrängens sind. Schon nach vier Wochen Lockdown hätte die Politik konsequent über die wirtschaftlichen Folgen durch Corona sprechen können. Denn vier Wochen vermindertes Bruttosozialprodukt beeinträchtigen alle finanziellen Pläne unseres Gemeinwesens für Jahre. Nur wenige sprachen zu Beginn davon.

Stattdessen lebten wir von Durchhalteparolen: Wir sind ein starkes Land. Niemand muss sich Sorgen um seinen Lebensstandard machen. Wir helfen allen, die wegen Corona in eine Krise geraten sind. So lauteten die Statements der Beruhigung nach wenigen Wochen Pandemie, die ihre Wirkung taten. Bis zum Ende der dritten Infektionswelle sind diese Versprechen nicht eingelöst. Der Beweis muss noch erbracht werden, dass viele Menschen ohne wirtschaftliche Krise wieder aus der Pandemie kommen.

In Berlin zeigte sich die Politik jedoch schon zu Beginn der Krise zufrieden mit dem allgemeinen Verhalten seiner Bürger. So fasste der gemeinsame Krisenstab von Innen- und Gesundheitsministerium in einem Lagebild knapp zwei Monate nach Beginn der Pandemie die Stimmung im Land wie folgt zusammen: »Durch die Veränderungen des täglichen

Lebens verändert sich auch die Kriminalitätslage. Es kommt zum Anstieg einzelner Deliktarten, insbesondere von Betrugsdelikten und Cyberkriminalität. Mittelfristig sind Auswirkungen auf den Menschen- und Drogenhandel, langfristig auf Steuerstraftaten und Korruption wahrscheinlich. Die Bevölkerung befolgt in der Regel die geltenden Kontakt-/Ausgangsbeschränkungen. Insgesamt ist die Sicherheitslage weitgehend ruhig.« (5. Mai 2020)

Es herrschte also Ruhe im Land. Daraus sollte sich über die Monate nicht viel ändern. Selbst aufsehenerregende Querdenker-Demonstrationen mit mehr als zehntausend Menschen im August rüttelten nicht an diesem Lagebild.

Andererseits gab es bereits zu Beginn der Pandemie mahnende Worte, die den aufkeimenden Unwillen der Bürger vorwegnahmen, wie er mindestens seit Dezember 2020 zu spüren war. Denn bereits am 13. April 2020 formulierte die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina überaus deutlich: »Die staatlich verordneten Maßnahmen, die mit Blick auf die Pandemie den Schutz von Leben und Gesundheit bezwecken, ziehen Einschränkungen anderer Rechtsgüter nach sich. Diese dürfen bei der Verhältnismäßigkeitsprüfung nicht ausgeblendet, sondern müssen in einer Gesamtabwägung mit betrachtet werden. Erst die Einbeziehung der nicht-intendierten Nebenfolgen macht die ganze Komplexität der Abwägung kollidierender Güter deutlich. Die aktuellen politischen Entscheidungen zur Bewältigung der Krise müssen die Mehrdimensionalität des Problems anerkennen, die Perspektiven von unterschiedlich Betroffenen und unterschiedlich Gefährdeten berücksichtigen sowie die jeweiligen Abwägungsprozesse offenlegen und entsprechend kommunizieren. So wäre etwa eine vorbeugende Segregation einzelner Bevölkerungsgruppen, beispielsweise älterer

Menschen, allein zu deren eigenem Schutz als paternalistische Bevormundung abzulehnen.«

In diesen wenigen Sätzen steckt nicht nur die Forderung, die Kasernierung in Altenheimen aus Respekt vor den dort lebenden Menschen zu verhindern. Es ist ebenfalls die Aufforderung, Aktionen etwa von Schauspielern wegen der Corona-Politik zuzulassen. Hätten sich Medien und Twitter-Gemeinde an diese Sätze der Leopoldina erinnert, eine reflektierte Reaktion wäre möglich gewesen.

Ähnlich verhält es sich mit dem »Manifest der offenen Gesellschaft« vom März 2021, in dem der Historiker René Schlott, die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot, der Medienforscher Michael Meyen und andere eine Kommunikation beklagen, die mit ihrer Aggressivität die Risse in der Gesellschaft vertieft. Damit erneuern sie die Mahnung der Leopoldina nach einem Dialog auf Augenhöhe, der keinesfalls extremen Gruppen und Verschwörungstheoretikern überlassen werden sollte.

Zur Mitte des Jahres 2021, also mehr als anderthalb Jahre nach den ersten Corona-Fällen in Deutschland scheint jedoch unstrittig: Corona ist kein harmloses, Schnupfen verursachendes Virus. Das haben sogar viele der anfänglichen Skeptiker erkannt, manche nur zähneknirschend. Im Weiteren kann nicht geleugnet werden, dass SARS-CoV-2 den Menschen erhalten bleiben wird. Welche Hygienemaßnahmen deshalb weiterhin gelten müssen, trotz flächendeckender Impfungen und Schnelltests, genau können dies nicht einmal Virologen voraussagen. Es wäre sicher auch vermessen, solange das Virus in Indien oder Brasilien weiterhin wütet.

Die Menschheit ist global wie in Deutschland deshalb ebenso mit der Erkenntnis konfrontiert, dass es eine neue

Bedrohung für das Leben gibt, von der wir im Dezember 2019 vielleicht eine leise Ahnung hatten, wenn wir uns mit Viren und ihren Gefahren auskannten. Der Rest der Menschheit musste noch warten, bis er den Begriff der Pandemie mit allem Nachdruck kennenlernen sollte.


2020: EIN JAHRESBEGINN OHNE BESONDERE VORKOMMNISSE

Corona hat nach vorherrschender Meinung seinen Ursprung in Wuhan, einer Stadt in der chinesischen Provinz Hubei. Dort sind Ende 2019 mehrere Fälle einer Lungenentzündung aufgetreten, deren Ursache sich die Ärzte nicht erklären konnten. Dann identifizierten sie bei einem Patienten das neuartige Coronavirus.

Die Deutschen waren auf ein wenig spektakuläres Jahr 2020 eingestellt. Die wesentliche Frage lautete: Wird die Große Koalition halten? Der deutschen Wirtschaft traute niemand große Sprünge zu. Nur Donald Trump sorgte wie immer für höheren Blutdruck. Gerade hatte er den Iran-Konflikt angeheizt. Die Krise im Nahen Osten drohte einmal mehr zu eskalieren. Die Welt schaute auf Teheran und Washington. Der deutsche Außenminister bemühte sich um Entspannung.

Der wirkliche Belastungstest der deutschen Politik nahm zu dieser Zeit seinen Anfang auf dem Münchner Flughafen. Dort landete am 19. Januar eine Geschäftsfrau aus Shanghai. Sie wollte bei einem Zulieferer der Autoindustrie Workshops veranstalten. Drei Tage später hatte die ahnungslose Frau mindestens 16 Menschen aus ihrem Arbeitsumfeld mit dem Coronavirus angesteckt.

THOMAS BRUSSIG



*Die Ohnmacht
des demokratischen
Pandemie-
Bekämpfers*

Wir leben jetzt schon sehr lange in der Pandemie. Angenommen, Sie wären Kanzler: Wie sähe die Republik dann aus? Was würden Sie anders machen?

Wir glauben ja alle, dass wir wissen, wie es geht. Ich würde auf jene hören, die etwas davon verstehen, also auf Wissenschaftler. Und ich würde auf Länder und Regionen schauen, die es erfolgreich geschafft haben, die Pandemie hinter sich zu lassen. Dann würde ich versuchen, aus diesem Wissen und aus den Erfahrungen etwas zu bauen, das zum Erfolg führt.

Es ist eigentlich eine gute Ausgangssituation, dass unsere Kanzlerin in einer Situation ist, in der sie gar nicht wiedergewählt werden will und deshalb nicht aus irgendwelchen Popularitätserwägungen heraus Entscheidungen treffen muss. Sie kann sich für das entscheiden, was sie für richtig hält.

Doch wir haben auch den Föderalismus, der uns Fesseln anlegt. Das sehe ich als ein großes Problem an. Es sind bestimmte demokratische, föderale Spielregeln und Gepflogenheiten, die Politiker daran hindern, das Nötige und das Hilfreiche zu tun. Wie sich dieses Problem ausräumen ließe – dazu bin ich zu wenig Politiker und Verwaltungsmensch, um es zu wissen.

Aber weil es Länder gibt, die mit dem Virus fertig geworden sind, muss man sich fragen: Wollen die hiesigen Verantwortlichen nicht, oder können sie nicht? Letztendlich kann ich diese Frage nicht beantworten. Es sind wahrscheinlich Elemente von beidem.

Mal ein Wechsel der Perspektive: Angenommen, Sie wären jetzt 80 Jahre alt und sitzen bei wachem Verstand in einem Altersheim. Was würden Sie denken?

Wahrscheinlich wäre ich erst mal froh, überhaupt noch zu leben. Altersheime sind ohnehin nicht als Orte bekannt, an denen man die glücklichste Zeit des Lebens zubringt. Aber man kann in der Pandemie zahllose Menschen finden, denen es bei einem klügeren Umgang mit der Pandemie besser ginge. Die Bewohner der Altersheime sind nicht die einzigen, die ein schweres Los ertragen müssen.

Jeder Einzelne ist mehr oder weniger von der Pandemie betroffen. Viele haben Angst, viele sind unglücklich, wütend, einsam, ungeduldig und was auch immer über den Gang der Dinge und die Ohnmacht oder auch die Halbherzigkeit und die Fehler, um Corona endlich in den Griff zu bekommen.

Wie hat sich denn bei Ihnen selbst während der Pandemie, vom ersten Lockdown bis heute, die Einstellung und emotionale Befindlichkeit geändert?

Das war alles ein großer und langer Lernprozess. Am Anfang wussten wir relativ wenig über dieses Virus: Wie gefährlich ist es, wie verbreitet es sich und so weiter.

Es hat in den ersten Wochen der Pandemie in Italien einen Mord gegeben. Ein junger Mann hat seine Freundin – eine junge Ärztin – umgebracht, weil er glaubte, sie hätte ihn mit dem Coronavirus infiziert. Daran sieht man, es gab anfangs Vorstellungen von diesem Virus, die mit den heutigen Vorstellungen überhaupt nichts mehr zu tun haben.

Wir haben da alle eine gewisse Lernkurve hingelegt. Ich muss sagen, ich bin seit dem letzten Frühjahr ein Stammhörer und irgendwie auch ein Fan des Podcast von Professor Christian Drosten, dem Leiter der Virologie der Charité, geworden und habe da eine Menge erfahren und gelernt. Sofort mit der Schulschließung im März bin ich mit meiner

Familie aufs Land gezogen. Wir haben in Mecklenburg ein Haus in völliger Abgeschiedenheit. Dort sind wir hin. Allerdings verfügte die Landesregierung kurz danach, dass man sich als Nicht-Mecklenburger nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen im Land aufhalten dürfe. So wurde zum Beispiel Monika Maron aus dem Bundesland gewiesen. Zwar nahm man das noch rechtzeitig zurück, dennoch fand ich es skandalös, dass eine ältere Dame aus ihrer Isolation in das damals hochinfektiöse Berlin zurück verfrachtet werden sollte. Das grenzt an Körperverletzung.

In Mecklenburg zu arbeiten wäre ein zulässiger Aufenthaltsgrund gewesen. Tatsächlich ziehe ich mich zum Arbeiten immer in dieses abgelegene Haus zurück. Ob das als Begründung gereicht hätte, weiß ich nicht; ich war wohl unter dem behördlichen Radar. Meine Anwesenheit musste ich nie rechtfertigen.

Mich hat Corona getroffen wie viele Kulturschaffende. Ich habe im letzten Frühjahr ein neues Buch rausgebracht. Die Lesereise, die Buchmessen-Auftritte – alles musste abgesagt werden. Das war Mist. Autoren wissen, wie wichtig und auch wie schön die Phase nach dem Erscheinen eines Buches ist. Das wurde mir durch Corona völlig aus der Hand geschlagen. Ich musste sozusagen zuschauen, wie dieses Buch einen völlig unverdienten stillen Tod starb.

Was habe ich bisher in der Corona-Zeit gelernt? Ich fand gut, wie Deutschland durch die erste Welle gekommen ist, war dann aber zunehmend verwundert und irgendwann auch frustriert darüber, wie halbherzig und mit einem »Ach, das wird schon irgendwie« alle dann in den Herbst gegangen sind.

Besonders die Möglichkeiten der Corona-Warn-App wurden total unterschätzt. Dass wir bis heute keine funktionierende

App haben, fuchst mich sehr. Deshalb habe ich mich zu dem Thema öffentlich positioniert. Es ist mir vollkommen unverständlich, wieso der Datenschutz für wichtiger erachtet wird als so eine App. Selbst nachdem das Infektionsschutzgesetz beschlossen wurde und eine wirksame App auch rechtlich möglich gewesen wäre, wurde sie nicht auf den Weg gebracht.

Da kommt Frust auf. Wir könnten doch weiter sein! Ich habe das deutliche Gefühl, dass es eine Unbeweglichkeit gibt, ja eine Unfähigkeit und einen Unwillen von politisch Verantwortlichen, Themen mit einer gewissen Brisanz anzupacken. Der Datenschutz ist so ein Reizthema. Kein Politiker will sich mit Datenschützern anlegen. Aus diesen Überlegungen heraus schrieb ich in der *Süddeutschen Zeitung* etwas unter der Überschrift »Mehr Diktatur wagen«, mit dem Ergebnis, dass ich danach als eine Art demokratischer Problembär identifiziert wurde.

Mein Artikel hatte die Fragestellung: Wieso können die hilfreichen und nützlichen Maßnahmen nicht beschlossen und auf den Weg gebracht werden? Wir kennen sie, und wir wären in der Lage, sie durchzusetzen. Trotzdem tun wir es nicht und bringen stattdessen viele nutzlose Maßnahmen auf den Weg. Und nehmen jeden Tag hunderte Tote in Kauf. Ich habe von einer Ohnmacht des demokratischen Pandemie-Bekämpfers gesprochen, der für seine Entscheidungen einen Konsens braucht. Deshalb muss er ständig nach Kompromissen und Mehrheiten suchen. Wir haben es aber bei dem Virus mit einem Gegner zu tun, den das alles nicht interessiert. Der Erreger interessiert sich nicht für Proteste, Gerichtsurteile, Föderalismus und demokratische Spielregeln. Dem Virus ist wurscht, was die Mehrheit denkt. Das ist einfach Natur.

Aber die Corona-Warn-App ist doch zu Beginn eher daran gescheitert, dass ohne Schnelltests gar nicht genügend Infizierte erkannt wurden. Es war also eher eine Scheindiskussion.

Die App hätte von viel mehr Menschen genutzt werden müssen. Im Drosten-Podcast war davon die Rede, dass allein durch die App-basierte Kontaktnachverfolgung das Infektionsgeschehen praktisch zum Erliegen kommen könnte. Dazu müssten ungefähr 60 Prozent der Bevölkerung eine solche App nutzen. Wenn also denjenigen, die Kontakt mit Infizierten hatten, per App gesagt wird, geht in Quarantäne oder lasst euch testen, dann hilft das sehr. Eine weitere Annahme besagte sogar, dass die Ausbreitung auch dann noch eingedämmt wird, wenn von den 60 Prozent App-Nutzern im Bevölkerungsanteil wiederum nur 60 Prozent der Test- bzw. Quarantäne-Aufforderung nachkommen. Dazu wären weder Schulschließungen, Schließung von öffentlichen Einrichtungen oder sonstige Einschränkungen nötig. Nicht mal Mundschutz – so zumindest die Aussage der Modellierer. Allein die Nutzung der App durch eine Mehrheit und die überwiegende Befolgung der Hinweise könnten die Pandemie zum Erliegen bringen.

Als die App endlich da war, konnte sie nutzen, wer es wollte, und wer nicht, ließ es bleiben, und genau diese Freiwilligkeit erwies sich als der entscheidende Sargnagel. Es haben eben nur 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung die App genutzt, also viel zu wenige. Deshalb blieb sie wirkungslos, und das wäre sie auch, wenn sie von doppelt so vielen genutzt worden wäre.

Nach meiner Vorstellung sieht eine wirksame Corona-App folgendermaßen aus: Sie ist in den Alltag integriert.

Ob ich in den Bus einsteige, im Restaurant Platz nehme, ob ich ein Museum, Theater, Fitness-Studio, Supermarkt oder Stadion betrete – immer muss ich die App vorweisen, und wenn sie grün ist, kann ich überall rein. Da die App eine Art Eintrittskarte für alles ist, wäre ihre breite Nutzung schon mal garantiert; wer sich der App verweigert, kann nicht am öffentlichen Leben teilnehmen. Die App detektiert nicht nur Kontakte. Sie übermittelt Testergebnisse von den Laboren direkt an die Getesteten und an die Gesundheitsämter, gleichsam in Echtzeit. Durch das im Hintergrund gespeicherte Kontaktnetzwerk bekäme auch jeder, der Kontakt zu einem Infizierten hatte, sofort die Aufforderung zum Test. Der Status wechselt augenblicklich zu orange, und ein Zugang ist nirgends noch möglich. Weil die App aber nach einem positiven Test auch dem Gesundheitsamt die Kontakthistorie mitteilt, bliebe diese Recherche den Gesundheitsämtern erspart. Das wäre alles durch die App erledigt. Sie hätte nach meiner Überzeugung ein Mittel sein können, mit dem ein gefahrloses öffentliches Leben und zugleich Pandemiebekämpfung möglich gewesen wäre.

Wir wissen heute, dass dazu sehr viele Tests gebraucht werden.

Nein, man bräuchte weniger Tests als heute, denn das Infektionsgeschehen würde binnen weniger Tage spürbar abklingen. Getestet werden müssten nur diejenigen, die Risikokontakte von Infizierten waren. Wenn ich positiv getestet werde, dann weiß die App von all denjenigen, die ich getroffen habe, dass sie mich getroffen haben. Und nur diese Menschen würden zum Test aufgefordert werden. Wenn das Testergebnis negativ ausfällt, dann springt der Status von orange auf grün, und wer positiv ist, hat den roten Status

und muss zwei Wochen in Quarantäne. Zeitgleich mit der Übermittlung des positiven Testergebnisses werden die Risikokontakte zum Testen aufgefordert – und können bis zur Entwarnung auch nicht am öffentlichen Leben teilnehmen. Mit dem Vorliegen des positiven Testergebnisses könnte also sofort bei den Personen reagiert werden, die als neues Übertragungsrisiko in Betracht kommen. Sie müssten nicht erst umständlich und langwierig ausfindig gemacht werden.

Die Skepsis gegenüber der App war aber sehr groß. Viele Menschen dachten außerdem, diese App wird wegen des Datenschutzes keine Akzeptanz haben. Also kann man es auch selbst gleich lassen. Und in der zweiten Infektionswelle war die Corona-App schon gar kein Thema mehr. Stattdessen ging die Bevölkerung bis auf wenige Ausnahmen ohne Murren in den zweiten Lockdown. Ist es nicht verwunderlich, wie viele Menschen bereitwillig fast alle Sozialkontakte aufgeben? Sogar in der dritten Infektionswelle bleibt man ohne nennenswerten Widerstand zu Hause.

Nach der ersten Unsicherheit zu Beginn der Pandemie war klar, Corona betrifft offenbar größtenteils die Alten. Wenn du über 80 Jahre und infiziert bist, dann ist dein Überleben eine Art Russisch Roulette. Dann hast du eine zweistellige Wahrscheinlichkeit eines schweren Verlaufs. Deshalb habe ich diese Einschränkungen erst einmal als eine Frage von innergesellschaftlicher Solidarität gesehen.

Denn in einer miesen Welt, in einer Dystopie, würde über eine solche Situation ganz anders diskutiert werden. Da würden die Jungen, die Fitten sagen: »Ja die Alten, die kosten uns nur Geld, und jetzt rafft sie eben die Seuche hinweg. Dann lasst es doch geschehen.« Es gab anfangs nicht

die Spur einer solchen Stimmung. Derartige Überlegungen kamen erst auf, als die Einschränkungen immer mehr an immer mehr Menschen nagten.

Als dann wieder alles öffnete im letzten Sommer, fand ich es schön, endlich wieder einmal in ein Restaurant zu gehen. Dann öffneten im Sommer ja auch Kinos unter bestimmten Auflagen. Es war toll, dass so etwas wieder stattfinden konnte. Aber dennoch habe ich die anfänglichen Einschränkungen als vernünftig wahrgenommen, auch weil wir es nicht besser wussten und weil wir nicht wussten, auf welches Risiko wir uns einlassen. Da ist es schwer, so etwas wie das rechte Maß, auch Augenmaß genannt, zu finden.

Sehr schnell sind wir dann auch auf den Widersinn gestoßen. Der Schriftsteller Daniel Kehlmann schrieb rasch einige Corona-Alltags-Szenen, darunter eine, in der Polizisten jemanden, der auf einer Parkbank saß und las, von dort vertreiben wollten, weil man das nicht dürfe. Oder der von mir schon erwähnte Fall Monika Maron. Ich hatte den Eindruck, dass es am Anfang geholfen hätte, wenn ein bisschen mehr Fingerspitzengefühl und gesunder Menschenverstand im Spiel gewesen wären. Das war nicht so, es mag aus Angst, aus Unerfahrenheit gewesen sein. Das ist verzeihlich. Monika Maron war von einer Ausweisung aus Mecklenburg bedroht, aber dann hat im letzten Moment doch noch die Vernunft eingesetzt, und man hat sie nicht ausgewiesen. Anderen erging es nicht so, das weiß ich. Aber wie gesagt, dass wir alle eine Lernkurve durchlaufen haben, ist wichtig. Dass bestimmte Fehler nicht wiederholt werden.

Ich denke heute noch, dass es wichtig ist, auf die Wissenschaft zu hören. Ich nehme deren Warnungen ernst. Die dritte Welle der Infektionen zeigt, wie schnell das öffentliche

Leben wieder in die Knie geht. Die Überlastung der Intensivstationen ist eine große Gefahr.

Trotzdem ist der Lockdown auf Dauer nicht das alleinige Mittel im Kampf gegen die Pandemie. Die Akzeptanz wird abnehmen, gesetzliche Maßnahmen werden dann wieder schärfer. Das kann in einer Demokratie niemand wollen. Dabei bleibt natürlich unbestreitbar, dass man gegenüber älteren und gerade sehr alten Menschen die Verantwortung und auch die ethische Verpflichtung hat, sie vor einem Tod zu schützen, den man verhindern kann.

Ich habe mit Beginn der Pandemie auch meine Eltern aufs Land geholt. Erst als mein Vater nach einigen Wochen einen Herzkasper bekam, sind sie wieder nach Berlin zurückgefahren.

Auf der anderen Seite können wir nicht die ganze Gesellschaft und die Verantwortung in der Gesellschaft nur den älteren Menschen überantworten und das Leben danach ausrichten. Denn es sind die Jüngeren, die unsere Rente verdienen. Sie sorgen für die wirtschaftliche Dynamik, dafür, dass wir weiterleben. Wir brauchen dafür ihre Kreativität, ihre Vitalität, ihre Schaffenskraft, und wir können doch nicht den dynamischen Teil der Gesellschaft daran hindern, genau diese Arbeit zu machen. Zumal die Jüngeren mittlerweile die Minderheit in dieser Gesellschaft sind.

Das sind Abwägungen, die können wir treffen. Aber dem Virus ist das egal. Meine Antwort ist, dass effektive Maßnahmen zur Virusbekämpfung ergriffen werden müssen. Diese Maßnahmen sind lange bekannt, und wenn sie zügig und

konsequent ergriffen worden wären, wäre es bereits vorbei. Es hätte schon längst vorbei sein können. Wir könnten es schon hinter uns haben.

Wenn wir uns jetzt ansehen, wie das Impfen organisiert ist – wir leben schon wieder mit zahlreichen falschen Entscheidungen. Ich verstehe die Ungeduld, wieder zu einem normalen Leben zu kommen. Aber ich weiß, welchen Preis an Leben diese Ungeduld kosten kann. Wir glauben, die Frage lautet: »Will ich lieber möglichst viele Leben schützen, oder will ich das öffentliche Leben wieder haben? Will ich Härte, oder will ich Lockerung?« Ich möchte mich nicht auf diese Wahl festlegen, denn meine Forderung lautet: »Ich will eine effektive Pandemiebekämpfung.« Diesen Wunsch erfüllt mir die Politik derzeit nicht. Die Pandemie wird nicht wirksam bekämpft. Es werden mit großer Entschlossenheit unwirksame Maßnahmen beschlossen und durchgesetzt.

Aber nur auf den Lockdown als einziges Mittel im Kampf gegen Corona zu schauen ist wenig und trägt auf Dauer nicht. Die Menschen spüren, wie langsam Politik und Verwaltung reagieren.

Seit November 2020 gibt es die Diskussionen um Schnelltests und um eine Ausweitung der Testkapazitäten. Von Politikern und den Behörden wurde immer gesagt: »Das können wir nicht machen, es muss in der Hand von Fachleuten bleiben.« Vom Apothekerverband bis zu den Ärzteverbänden beharrte man zunächst auf der Diagnosehoheit. Das Hauptargument: Schnelltests sind unsicher. Es brauchte vier Monate, bis das ganze Land nach Schnelltests rief, allen voran die Politik und letzten Endes auch die Ärzte, die plötzlich Schnelltest-Stationen aufmachten.

Das ist nur ein Beispiel für alternative Strategien, die in den Bedenken von Politik und Behörden versanden. Mehr Mut bei den Entscheidungen würde das Vertrauen der Menschen in den Staat stärken.

Ja, natürlich.

Das ist doch der Punkt, um den es geht. Es gibt zu weiteren Lösungsmöglichkeiten der Krise keine dynamische Diskussion. Es gibt genau genommen überhaupt keine Diskussion. Medien und Politiker wiederholen in mehr oder weniger klaren Worten: »Das Beste, was ihr machen könnt, ist das Homeoffice.« Was ist denn das für eine Aussage? Das ist doch keine Perspektive. Und wenn ich zu Hause bleibe, kann ich mich letztlich nicht daran beteiligen, Alternativen zu entwickeln.

Leider ist es so: Das Beste, was wir tun können, ist eben, zu Hause zu bleiben und unsere Kontakte zu reduzieren. Wer null Kontakte hat, steckt weder sich selbst noch andere an. Die Null-Kontakt-Strategie ist natürlich für die Wenigsten praktikabel. Und weil praktikable Vorschläge ausbleiben, bekommen wir das Infektionsgeschehen nicht in den Griff, trotz aller Einschränkungen. Das bringt Frust und Ungeduld hervor.

Zu dem Beispiel mit den Schnelltests: Es ist ein Beispiel für das Versagen der deutschen Politik in der Pandemie. Es gibt mittlerweile eine Vielzahl solcher Erfahrungen. Wir haben keinen Grund, stolz auf unser System zu sein, es gar als Modell hinzustellen. Sicherlich können wir andere Dinge gut, aber die Pandemie bekämpfen, darin sind wir nicht besonders gut.